

rechtfertigen. Es handelt sich bei dieser sektenartigen Gruppe um einen Zusammenschluß christianisierter Indianer, die die christliche Lehre und Symbolik mit eigenen religiösen Traditionen verbinden. Für ihre Gottesdienste präparieren sie sich mit dem meskalinhaltigen Peyotl-Kaktus. Meskalin ist ein Halluzinogen, das zunächst Übelkeit hervorbringt, dann aber starke Halluzinationen erzeugt. Die etwa 250 000 Gläubigen dieser Gemeinschaft bezeichnen diesen Rauschzustand als Begegnung mit Gott und Christus. Auch LSD-Anhänger sind von den angeblich religiösen Erlebnissen unter Drogeneinfluß überzeugt. Es scheint jedoch, daß nur dem religiös Ansprechbaren oder nach religiösen Erlebnissen Suchenden mystisch anmutende Visionen zuteil werden.

Unter den amerikanischen Geistlichen katholischer und evangelischer Konfession sind die Meinungen über die Drogen geteilt. Ein Teil sieht das Hauptproblem in der individuell angepaßten Dosierung; das Rauchen von Marihuana sei mit mäßigem Alkoholgenuß vergleichbar. Einige wenden sich gegen die strafrechtliche Verfolgung des Marihuanagenusses, weil die Gesetze nicht nur Gangster trafen, sondern „vor allem junge Menschen, die auf der Suche nach experimentellen Ausdrucksformen kultureller Rebellion“ seien. Sie sind von der schöpferischen Wirkung des Drogengenusses überzeugt. In den Slums ist die Verbreitung der milderen Rauschdrogen offenbar so allgemein, daß sie auch von den dort tätigen Geistlichen als Selbstverständlichkeit akzeptiert werden, die darin gar keine ethische Fragestellung mehr zu erkennen vermögen. Andere weisen jedoch nachdrücklich darauf hin, daß der Drogengenuß die Verantwortungsbereitschaft des Menschen lähmen kann. „Die Botschaft des Evangeliums hat gerade nicht die Befreiung zur persönlichen Ekstase des einzelnen zum Gegenstand“, betont ein Pfarrer des Hippieviartels Greenwich Village in New York, „sondern die Befreiung zur Sorge um den anderen“ (nach epd, 31. 8. 69).

Die Tatsache, daß die gegenwärtige Zuneigung zu Rauschdrogen gerade unter der nonkonformistischen Jugend so verbreitet ist, wirft die Frage auf, ob es sich nur um eine Modeerscheinung handelt, die mit dem Eintritt der

jungen Generation in das Erwachsenenalter und in verantwortliche berufliche und familiäre Stellungen abflaut, oder ob sich die Drogen in einem kontrollierten Ausmaß und unter weniger spektakulären Umständen, als sie heute üblich sind, zu neuen Massengenußmitteln im Sinne von Alkohol und Nikotin entwickeln. Angesichts der mangelnden Erforschung der medizinischen und psychologischen Problematik und der aufsehenerregenden Fälle von Drogenmißbrauch haben einige Länder ihre gesetzlichen Bestimmungen verschärft. Eine wirksame Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels, insbesondere in der Abwehr der Verbreitung von Opium, Morphinum und Heroin, scheitert an den unzulänglichen internationalen Übereinkünften. Insbesondere asiatische und afrikanische Länder sind nicht bereit, ihre nationalen Gesetze an die Bestimmungen der UN-Rauschgiftkommission anzugleichen. Dadurch wird aber auch die Verfolgung der Rauschgift Händler behindert (vgl. auch die Sondernummer des UNESCO-Kuriers, Mai 1968, über „Mißbrauch von Drogen“). Die Bemühungen der Vereinten Nationen scheitern aber auch an der Schwierigkeit einer Klassifizierung der Rauschgifte nach Gesichtspunkten der Schädlichkeit, da die kulturelle Tradition orientalischer Länder vielfach nicht die notwendige Verständigungsebene bietet. Eine weitere rechtliche Frage wirft sich bei der Behandlung der Narkomanen auf. Der Gesetzgeber steht in vielen Ländern vor der Situation, daß er einerseits die Zunahme des Drogenverbrauchs zu unterbinden bemüht sein muß und deshalb mit Strafmaßnahmen gegen die Rauschgiftsüchtigen einzuschreiten gezwungen ist. Andererseits wird der Alkoholsüchtige zumeist als ein Pflegebedürftiger, nicht aber als Krimineller behandelt. Es fragt sich ferner, ob dem Richter die Vollmacht erteilt werden soll, den Rauschgiftsüchtigen zwangsweise in eine Heilanstalt zur Entziehungskur zu überweisen. In Deutschland sind die Erfahrungen mit Suchtkranken vor allem auf den Bereich des Alkoholismus beschränkt. Ob sich die Fälle von Rauschgiftsucht vermehren werden, ist noch nicht abzusehen, die Entwicklung in den übrigen europäischen Ländern schließt jedoch diese Möglichkeit auch für Deutschland nicht aus.

Die Funktion der Elite im Sowjetsystem

In der marxistischen Literatur finden wir fast nichts über Eliten und Elitenbildung als gesellschaftliche Phänomene. In vereinzelt Studien, die erst aus den fünfziger und sechziger Jahren stammen, werden Eliten als eine rein kapitalistische Erscheinung abgetan. Die „bürgerlichen“ Elitentheorien gelten in der kommunistischen Literatur als „Reaktion auf den Klassenkampf des Proletariats, als Form des ideologischen Kampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterbewegung, als Form des Kampfes gegen den zunehmenden Einfluß der marxistisch-leninistischen Weltanschauung“ (G. Klaus, M. Buhr, „Philosophisches Wörterbuch“, Berlin 1964, S. 128).

In der sowjetischen Literatur selbst wird dieses Problem im allgemeinen umgangen und auch in ausführlichen Nachschlagwerken nur in wenigen allgemein gehaltenen Sätzen abgehandelt. In der zweiten Auflage der Großen Sowjetenzyklopädie (Bd. 48, S. 659) finden wir unter dem Stichwort „Elita“ ganze neun Zeilen mit dem Hinweis, dies sei in der bürgerlichen Soziologie ein Ersatz

für die Klassenbegriffe und eine Rechtfertigung der Klassenungleichheit.

Schon bei Marx und Engels, dann bei Lenin, vor allem aber bei Stalin werden Randfragen dieses gesellschaftlichen Phänomens im Zusammenhang mit einigen Kernproblemen erörtert, deren hauptsächlichste sind: Die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte; Charakter und Aufgaben der Arbeiterpartei und nicht zuletzt — besonders unter Stalin — Position und Rolle der Kader beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, Bedeutung ausgewählter Minderheiten für den Aufbau des Sozialismus und bei der Sicherung des Fortschritts.

Marx und Engels umrissen ihren Standpunkt im „Kommunistischen Manifest“ von 1848, wobei sie sich dagegen verwahrten, daß die Kommunisten etwas Besonderes gegenüber den anderen Arbeiterparteien darstellten. So heißt es dort u. a.: „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder

entdeckt sind. Sie sind nur allgemein Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

Partei als revolutionärer Führungskader

Erst mit Lenins Versuch, die marxistische Lehre den Verhältnissen im rückständigen Rußland anzupassen und sie anwendbar zu gestalten, treten erste Ansätze hervor, elitäre Strukturen in Gestalt ausgesuchter und straff organisierter marxistisch geschulter Minderheiten auch für eine sozialistische Gesellschaft zu übernehmen. Lenin entwickelte schon lange vor Übernahme der Macht seine Theorie von der geschichtsträchtigen Rolle der Berufsrevolutionäre, die wohl an der Spitze der Arbeiterschaft zu agieren, gleichzeitig aber — ihrem Status nach — außerhalb ihrer zu stehen hätten. In mehreren seiner Arbeiten, vor allem in „Was tun?“ versucht er deren Rolle zu klären und zu rechtfertigen. Durch seine tiefgreifende Korrektur an der Marxschen Dialektik des Klassenkampfes — das Klassenbewußtsein könne dem Arbeiter nur von außen gebracht werden — bereitete Lenin eine Legitimation für die Übertragung elitärer Führungsfunktionen auf diese Minderheit vor. So konnte sich in der kommunistischen Theorie und in der ideologischen Untermauerung der Revolutionsstrategie die These einnisten, es seien über den Massen stehende qualifizierte Führungsschichten nötig. Schließlich sah Lenin die Partei selbst als hierarchisch gegliederte Kaderorganisation, wobei von vornherein das Schwergewicht bei den Führungsgremien liegen und die Masse der Mitglieder deutlich zurücktreten mußte. Erst auf diesem Hintergrund wird Lenins Vorstellung von der Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse verständlich.

Stalin übernahm diese Auffassung. Er sah schon 1921 in einer Broschüre „Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ die Partei „als eine Art Schwerträgerorden innerhalb des Sowjetstaates, der dessen Organe lenkt und ihre Tätigkeit beseelt“. Beide, Lenin und Stalin, maßen innerhalb der Partei der Disziplin als Ordnungsinstrument große Bedeutung zu. War Lenins Vorbild dabei eine Art gut funktionierender Armee, schlagkräftig, rasch zu mobilisieren und stets einsatzbereit, so hatte Stalins Ordensvorbild ganz andere Vorzüge aufzuweisen: bedingungslose Ergebenheit, blinden Glauben und widerspruchslose Ausführung aller Erlasse. Durch diese neuen Normen mußten sich die Elitenposition der Parteiführung gegenüber der Masse der Parteimitglieder und der Partei selbst gegenüber der Gesamtbevölkerung verstärken. Beredtester Ausdruck hierfür ist Stalins Aussage, die Partei sei „eine Festung, deren Tore sich nur den Würdigen öffnen“ (nach A. Kossoj, „Organisozionnyje prinzipy bolschewisma i Ustaw WKP(b), Moskau 1940, S. 34).

Das bisher Gesagte behandelt nur das Problem der politischen Eliten: der Berufsrevolutionäre und später der Parteibürokratie. Ihre Existenz und Aufgabe in einer sozialistischen Gesellschaft wurde theoretisch begründet, wenn auch mehr pragmatisch als ideologisch. Aber auch auf allen anderen Gebieten wurde die Anerkennung des Elitenprinzips, vor allem beim Aufbau des Staatsapparates, im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, zum hervorstechendsten Merkmal der sowjetischen Entwicklungspolitik. Die stalinistische Herrschaftstechnik schuf und förderte Eliten, besonders an den Schwerpunkten des

Aufbauprogramms, und verdankt ihre Erfolge gerade der Dynamik dieser privilegierten Minderheiten. Im Gegensatz zu den politischen Führungsgruppen handelt es sich hierbei um ein rein funktionales Instrumentarium. Die gesellschaftliche Führung unterteilt sich in zwei Gruppen. Die erste ist in der Sowjetunion ähnlich wie in anderen Gesellschaften in der Staatsverwaltung, im Wirtschaftsapparat und beim Militär, aber auch bei den Vertretern von Literatur, Kunst und Wissenschaften eine allgemeine und nie bestrittene Erscheinung. Die zweite dagegen verliert, sobald sie ihre Funktion erfüllt hat, Privilegien und Elitestatus, löst sich auf und muß neuen Eliten Platz machen.

Vom Berufsrevolutionär zum Parteibürokraten

Die Berufsrevolutionäre stellten als dünne Schicht von Partei- und Staatsfunktionären in den ersten Jahren des Sowjetstaates dessen politische Elite. Sie hob sich von der Gesellschaft ab nicht durch materielle Bevorzugung, sondern durch die Verdienste in Revolution und Bürgerkrieg, durch die Übernahme führender Aufgaben bei der Umgestaltung der Gesellschaft und beim Aufbau der ersten sowjetischen Apparate und Institutionen. Nach 1920 wurde sie von Lenin heftig kritisiert. Er tadelte vor allem, daß sie eine Neigung zu bürokratischer Entartung entwickelte. Nach seinem Tod brachen Kämpfe um die politische Nachfolge aus, und von da an bestimmte die Taktik des nach Macht strebenden Stalin und seiner Anhänger die weitere Entwicklung der politischen Führungsgremien. Der Parteiapparat wurde zum wichtigsten Instrument im Kampf gegen die oppositionellen Strömungen. Der Einsatz dieses Apparates als Machtinstrument bedeutete — wie Trotzki richtig erkannte — seine Emanzipation von der Parteimasse und die Pervertierung der ohnehin nur schlecht funktionierenden Auslesemechanismen: „Der demokratische Zentralismus machte dem bürokratischen Zentralismus Platz. Der Parteiapparat selbst wird nunmehr von oben bis unten umgekrempelt. Als Haupttugend des Bolschewiken gilt der Gehorsam. Unter der Fahne des Kampfes gegen die Opposition findet eine Ersetzung der Revolutionäre durch Beamte statt“ (L. Trotzki, „Die verratene Revolution“, Zürich 1957, S. 98).

Die Geschichte der Parteibürokratie nach Lenins Tod zerfällt in zwei deutlich unterschiedene Phasen. Der Begriff „Parteibürokratie“ hat in beiden jeweils einen anderen Inhalt. Die *erste Phase* wurde zwischen dem 17. Parteitag (1934) und Stalins Terrorwelle von 1937 beendet. Bis dahin galten für sie folgende Merkmale: Einigkeit in der politischen Zielsetzung („Aufbau des Sozialismus in einem Lande“), Kollegialitätsprinzip in der Führung, relative Selbständigkeit im zugewiesenen Kompetenzbereich, Spielraum für eigene Initiative. Mit diesen Herrschaftscharakteristika war ein gewisser Pluralismus mit anerkannter Eigenverantwortung und selbständiger Geschäftsführung der wichtigsten Apparate gegeben. Hierdurch konnte sich eine funktional bedingte Differenzierung innerhalb der Parteibürokratie herausbilden, die in erster Linie zum Rekrutierungs- und Ausbildungsfeld für die wirtschaftlichen Führungskräfte wurde. Der „Erste Stab für die Industrialisierung der Sowjetunion“ mit *Sergo Ordžonikidze* an der Spitze ist dafür ein klassisches Beispiel. Allerdings engten sich die Entfaltungsmöglichkeiten für diese mehr oder minder selbständigen und erfolgreichen Führungsgremien von Jahr zu Jahr mehr ein. Stalins Rückgriff auf die Sicherheitsorgane als sein zuver-

lässigstes Herrschaftsinstrument brachte es mit sich, daß diese zunehmend auch mit politischen Aufgaben betraut wurden. Sie traten immer mehr in Wettbewerb mit den Parteikadern. Die bislang latenten Krisen und Spannungen traten offen in Erscheinung in der Zeit um den 17. Parteitag (1934). Das Vertrauensverhältnis zwischen Stalin und seinen bisher engsten Mitarbeitern in der Partei zerbrach. Der allmähliche Wechsel der Herrschaftstechnik gegen Ende der ersten Phase des Stalinismus war nur durch den völligen Austausch der Führungskader möglich, der schließlich in den Stalinschen Terror- und Vernichtungsaktionen (1937) gipfelte.

Parteibürokratie als despotisches Exekutivorgan

In der zweiten Phase des Stalinismus trägt die Parteibürokratie völlig neue Züge. Unter den Bedingungen der Despotie verloren selbst ihre Spitzen jegliche selbständige politische Entscheidungsbefugnis und wurden zum reibungs- und widerspruchslos funktionierenden Exekutivorgan. Hauptziel des Despoten war die ständige Perfektionierung der Befehlswege von oben nach unten. Verstärkt wurde dieser Entmündigungsprozeß durch den wachsenden — der Kontrolle der Partei längst entzogenen — Einfluß der Sicherheitsorgane und deren unvorhersehbare Eingriffe. Die anonyme Macht der Sicherheitsorgane, die dem Despoten unmittelbar unterstellt waren, scheint in dieser zweiten Phase des Stalinismus die elitären Funktionen der Parteibürokratie völlig unterminiert zu haben.

Analysiert man die damalige Binnenstruktur des Parteilebens, so stößt man auf eine ganze Reihe von Wesensmerkmalen und Funktionen, die der Parteibürokratie dennoch eine Macht- und Prestigeposition sicherten. Genötigt, sich dem despotischen System anzupassen, sich ihm unterzuordnen, und durch die verschiedenen Terror- und Kontrollorgane ständig bedroht, entwickelte sie als geschlossene Gruppe bestimmte kollektive Verhaltensweisen, einen eigenen Lebens- und Arbeitsstil. Gegen den Willen Stalins, gegen die Ausschließlichkeit des vertikalen Kommunikationswegs entwickelte die Parteibürokratie ein netzartiges System horizontaler Verbindungen. Die Loyalitätskundgebungen gegenüber Stalin erstarrten zu einer rituellen Fassade, die einem eigenständigen Gruppenleben Schutz gewährte. Ihre Gruppensolidarität ermöglichte es, gegenüber Außenstehenden, besonders dem Parteifußvolk, wirksame Zugangssperren zu schaffen und bis zum äußersten das Prinzip der Selbstrekrutierung zu erhalten, wodurch automatisch der Parteienachwuchs ausgesperrt blieb.

Neben diesen Gruppensymptomen trägt zum Elitencharakter der Parteibürokratie auch eine Funktion bei, die sie sich sorgfältig zu erhalten und auszubauen mußte: ihre Rolle als Mäzen. War sie von der Ausarbeitung der Generallinie der Partei ausgeschlossen, so konnte sie doch durch die Aufrechterhaltung ihres Monopols auf die Besetzung der Spitzenposten ihren Einfluß bei der Durchführung der Pläne sichern. Das geschah nicht nur auf dem Weg über das noch zu erwähnende System der „Nomenklatura“ und damit ihrer totalen Verfügung über Tausende von „Nomenklaturfunktionären“, sondern auch über eine direkte Beteiligung des Parteiapparates an der Schaffung funktioneller Eliten an den Schwerpunkten des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus. Nach Stalins Tod gelang es dieser Gruppe, nicht nur ihre bisherigen informellen Normen zu verankern, sondern auch den

früheren Einfluß auf die politischen Entscheidungen wiederzugewinnen und erneut die Sicherheitsorgane unter ihre Kontrolle zu bringen.

Funktionale Eliten mit Übergangscharakter

Unter den Gruppen, die wir hier als „funktionale Eliten“ zusammenfassen, waren in den zwanziger und dreißiger Jahren die „Vydvižencen“ (fortschrittliche begabte Arbeiter in verantwortlichen, leitenden Stellungen) die bedeutendste. Nach ihrer Machtübernahme sah sich die Sowjetführung dem schier unlösbaren Problem gegenüber, für Wirtschaft und Staatsverwaltung Fachleute zu finden. Der sofort in Angriff genommene Ausbau des Schulwesens konnte nur auf lange Sicht die gesuchten Kräfte ausbilden. Zur Überwindung des krassen Mangels entschloß man sich — weitgehend unter Stalins Einfluß — zu einem kühnen Experiment: einfache, aber begabte Arbeiter wurden in den Betrieben mit verantwortungsvollen Posten betraut. Im März 1927 faßte das ZK einen entsprechenden Beschluß, dessen Ausführung den Gewerkschaften übertragen wurde. Das ging so vor sich: in den Betriebsversammlungen wurden Kandidaten für die „Vydviženčestvo“ (System der Beförderung fortschrittlicher Arbeiter in leitende Stellungen) vorgeschlagen, und nach eingehenden Beratungen wurde von der Belegschaft über sie abgestimmt. Sie durften führende Posten in Produktion und Verwaltung übernehmen, bis hinauf zum Betriebsdirektor. Wurden sie zunächst ohne jede Vorbereitung auf die verantwortungsvollen Posten geschickt, so nahmen sich zu Beginn der dreißiger Jahre verschiedene Behörden und Instanzen ihrer Ausbildung und Vorbereitung an. Im April 1930 wurde beim Obersten Volkswirtschaftsrat der UdSSR das „Institut vydvižencev“ gegründet, auf dem die für Führungsstellen vorgesehenen ohne Unterbrechung ihrer Arbeit eine Art Hochschulbildung erwerben konnten. Die Umorganisation und Säuberung der Staatsapparate im Jahre 1930 wurde dazu benutzt, die Vydvižencen mit der Arbeit der verschiedenen Apparate vertraut zu machen. In dieser Massenaktion, während der etwa 1,6 Millionen Beamte und Funktionäre überprüft wurden, wurden neben Parteifunktionären Vydvižencen in die Säuberungsorgane einbezogen. Auf dem 16. Parteitag (1929) berichtete Ordžonikidze, daß im Zuge der laufenden Säuberungen die Vydvižencen die Posten übernehmen sollten, die sie zu kontrollieren und über die sie sich, gerade durch die Überprüfung, genaue Kenntnisse verschafft hatten. Heute ist man sich darüber einig, daß ohne sie der erste Fünfjahresplan nicht hätte verwirklicht werden können.

Diese rein funktionale Elite hat nie politische Entscheidungsbefugnis besessen und auch nie darauf Anspruch erhoben. Ihr Prestige war nicht an ihre Persönlichkeit, sondern an den von ihnen eingenommenen Posten geknüpft. Sie bewährten sich aber in einer Zeit, in der es an allem mangelte, durch ihre Improvisations- und Organisationsfähigkeit und erwarben dadurch zusätzliches Ansehen. Sie besetzten in der Zeit der Durchführung des ersten Fünfjahresplans etwa die Hälfte der Kommandostellen in den wichtigsten Betrieben. An materiellen Vorteilen brachte dies den Vydvižencen: hohes Einkommen, gesicherte Versorgung, bessere Wohnverhältnisse, erhöhte Bildungschancen und damit bessere Aufstiegsmöglichkeiten. Hinzu kamen soziale Vergünstigungen wie Urlaubsreisen, Kuraufenthalte und auch für ihre Kinder die Möglichkeit, bessere Schulen zu besuchen.

Mit dem Nachrücken einer voll ausgebildeten Kaderschicht hatten sie gegen Ende der dreißiger Jahre ihre primäre Aufgabe erfüllt und verloren an Bedeutung. Große Ähnlichkeit mit dieser Gruppe hat die bis heute bestehende „Halbelite“ der sogenannten Praktiki, d. h. von Personen, die einen wichtigen Posten bekleideten, ohne die formal dazu erforderliche Qualifikation nachweisen zu können. Bis heute ist in Industrie und Bauwesen die Zahl der „Praktiki“ erstaunlich hoch. Ihr Anteil betrug noch 1960 an allen Spezialisten in der Industrie 39,6% und im Bauwesen 36,7%, an Betriebsleitern noch immer 50,0%, an Chefingenieuren und höchstqualifizierten Facharbeitern 22,5% bzw. 20,8% (S. L. Senjawskij, Das Wachstum der Arbeiterklasse der UdSSR [1951—1965], Moskau 1966, S. 237).

In den dreißiger und noch in den vierziger Jahren konnten sie die ihnen zugeordneten Funktionen recht erfolgreich erfüllen. Je weniger sie sich jedoch den Anforderungen der einzelnen Posten gewachsen zeigten, desto rascher schwand ihr Elitecharakter und ihre Sonderstellung, desto häufiger gerieten sie unter den Druck von Behörden und Wirtschaftsführung, aber auch ins Kreuzfeuer der Kritik ihrer Kollegen in den Betrieben wie der öffentlichen Meinung. Es wurde gefordert, die „Praktiki“ sollten die erforderliche Ausbildung nachholen oder ihren Platz entsprechend vorgebildeten Leuten räumen. Der noch immer hohe Anteil dieser Gruppe erklärt sich aus der bürokratischen Trägheit und der zähflüssigen Kaderpolitik.

Die Aristokratie der Stachanow-Arbeiter

Die ersten Formen des „sozialistischen Wettbewerbs“ entstanden unter Lenin. Dieser Wettbewerb nahm in den verschiedenen Entwicklungsstadien jeweils verschiedene Gestalt an, erfüllte jeweils verschiedene Funktionen. Die *Stachanow-Bewegung* war zunächst nichts anderes als eine Serie von Rekordleistungen, die ihren Namen von dem Bergmann und „Neuerer“ A. G. *Stachanow* herleitete. In der Presse wurden Übererfüllungen der Normen um 200, 500, ja auch um 1000% gefeiert. Auf der ersten Unionstagung der Stachanowzen 1935 würdigte Stalin diese Bewegung als spontane und revolutionäre Erscheinung. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch um eine bewußt manipulierte Aktion der Partei, die am 20. September 1931 in den wichtigsten und am intensivsten geförderten Wirtschaftsbereichen — Metallurgie und Bergbau — den Akkordlohn einführte. Damit wurde dem sozialistischen Gleichheitsprinzip der Todesstoß versetzt und die unverhüllte Konkurrenz unter den Arbeitern dazu benutzt, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Soziale Funktion der Stachanow-Arbeiter als Gruppe sollte es sein, allen übrigen Werkstätigen, vor allem der Jugend, als Ansporn und Leitbild zu dienen. Der Zugang zu dieser Gruppe wurde künstlich erleichtert. Der Arbeitslohn eines Stachanow-Arbeiters betrug das Zwanzigfache des Durchschnittslohns. Auch sonst wurden die Stachanow-Arbeiter in jeder Weise bevorzugt, erhielten bessere Verpflegung und bevölkerten die Sanatorien. Stalin arbeitete höchstpersönlich an der Ausschmückung ihres Images mit und hetzte sie geradezu auf die — seinen Worten nach konservativen — technischen Kader und Betriebsdirektoren.

Partei und Regierung waren an einer ständigen Höherqualifizierung der Stachanow-Arbeiter besonders interessiert, denn durch das neugeschaffene Konkurrenzsystem waren vor allem junge, kräftige und strebsame Bauern-

burschen nach oben gebracht worden, die aber schlecht ausgebildet waren. Um sie zu schulen, wurde das sogenannte Staatliche technische Examen („Technimum“) eingeführt. Stachanow selbst war unter den ersten, die dieses Examen ablegten, und wurde den übrigen Stachanowzen sofort wieder als Beispiel vorgestellt. Das Niveau dieses Examens entsprach allerdings kaum dem einer heutigen Lehrlingsprüfung. Die Funktion dieser Elite erschöpfte sich nicht allein in einem erhöhten Produktionsbeitrag, sondern zielte darüber hinaus auf eine Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Arbeiterklasse ab.

Dauerhafte funktionale Eliten

Ähnlich wie in jeder anderen Gesellschaft trägt auch in der Sowjetunion die Oberschicht in Wissenschaft und Kultur und natürlich auch beim Militär, in Staat und Wirtschaft elitäre Züge, die auch in allen Entwicklungsstadien besonders gefördert und betont wurden. Am Beispiel des Militärs läßt sich am deutlichsten nachweisen, wie rasch die Führung die Bedeutung funktionaler Elite bei der Sicherung einer dynamischen Entwicklung erkannte. Unmittelbar nach der Revolution wurden alle Vergünstigungen für das Offizierskorps abgeschafft. Doch Ende 1929 wurden nicht nur die alten Ränge und Rangabzeichen wiederingeführt, sondern auch eine bewußte und krasse Gehaltsabstufung vorgenommen, die sich in den folgenden zehn Jahren noch vertiefte. Waren 1934 die Bezüge eines Korpskommandanten noch etwa doppelt so hoch wie die eines Zugführers, so betragen sie 1939 bereits mehr als das Dreifache. Noch schärfer waren die Besoldungsunterschiede zwischen einfachen Soldaten und Offizieren im Zweiten Weltkrieg: Monatssold eines Gemeinen 10, eines Leutnants 1000 und eines Obersten 2400 Rubel (nach T. Cliff, „Stalinist Russia“, London 1955, S. 87).

Eine weitere permanente Elite sind die sog. „Helden der sozialistischen Arbeit“. Dieser Titel wird seit 1938 an Personen verliehen, die sich besondere Verdienste um Industrie, Landwirtschaft, Transport, Handel, durch wissenschaftliche Entdeckungen oder als technische Neuerer erworben haben. Ihnen wird der Leninorden verliehen und bei außergewöhnlichen Verdiensten zusätzlich die Goldmedaille „Hammer und Sichel“ und eine Urkunde. Man bemüht sich, die so Ausgezeichneten zu einer besonderen Prestigegruppe in der Gesellschaft zu machen. Sie werden bei Wahlen bevorzugt als Kandidaten vorgeschlagen und für Ehrenämter empfohlen. Ihr Anspruch auf mehr Wohnraum ist gesetzlich verankert, sie zahlen dafür auch noch geringere Mietsätze und erhalten, für den Fall, daß sie studieren, erhöhte Stipendien.

Eine funktionale Subkultur mit deutlich elitären Zügen sind die sog. Nomenklaturfunktionäre. Ihr Sonderstatus zeigt sich bereits darin, daß das System, nach dem sie berufen und versetzt werden, eigentlich den geltenden Gesetzen widerspricht. Wie schon angedeutet, erhebt der Parteiapparat auf den verschiedenen Ebenen (Rayon, Gebiet, Kraj, Republik) den Anspruch, von sich aus die wichtigsten Posten vor allem in Industrie und Landwirtschaft, aber auch an wissenschaftlichen Instituten und in kulturellen Verbänden zu besetzen. Die Zahl der dieser Prozedur unterworfenen Posten ändert sich mit den jeweiligen politischen Absichten. Der Parteiapparat verfügt gleichzeitig allein über jene Personen, die für die Besetzung in Frage kommen. Nomenklaturfunktionäre werden von den Parteikomitees ausfindig gemacht, wobei

Parteizugehörigkeit und eine gewisse Qualifikation vorausgesetzt werden. Wer den vakanten Posten übernimmt, bestimmt allein die Partei. Die betroffenen Betriebe und Institutionen haben widerspruchslos die Arbeitsverträge abzuschließen, sie haben nicht das Recht, dem Nomenklaturfunktionär zu kündigen, und keine Möglichkeit, ihn im Falle seiner Abberufung durch die Partei zurückzuhalten. Diese geschlossene Gruppe zeigt am ausgeprägtesten das Merkmal der intragenerativen Selektion, einer hermetischen Abriegelung, die schließlich zur Disfunktionalität dieses Rekrutierungssystems beitrug: nicht wer durch Qualifikationsnachweis für einen Posten geeignet schien und scheint, bekam und bekommt ihn, sondern wer auf der „Verteilerliste“ steht. Unverhohlenes Unbehagen und offene Kritik an diesem System konnten ihm bis heute wenig anhaben, denn es stellt in der Herrschaftstechnik der Partei ein viel zu bedeutendes Instrument der Kaderpolitik dar, als daß sie es kampfflos aufgäbe.

Die Elitepolitik

In den verschiedenen Entwicklungsphasen der sowjetischen Geschichte wurden entsprechend verschiedene Mechanismen zur Elitenbildung und Elitenförderung eingeschaltet: In den zwanziger und dreißiger Jahren diente ein beträchtlicher Teil der Parteipropaganda diesem Zweck. Über die Massenmedien wurden schier unbegrenzte Aufstiegsmöglichkeiten vorgetäuscht, mit Modellkarrieren wurde besonders gern gearbeitet.

Der materiellen Versorgung elitärer Gruppen wurde in allen Phasen besonders Rechnung getragen, sie wurde aus einem eigenen Fonds gespeist. Er hatte nur ganz bestimmte ausgewählte Kreise zu versorgen: Exportorganisationen, Armee, Sicherheitsorgane, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, ebenso die Arbeiter und Angestellten bevorzugter Branchen. Diese krisenfeste Sicher-

ung der Versorgung war über die Lohnabstufungen hinaus ein sehr wichtiges Differenzierungsinstrument. Prämien für besondere Verdienste einzelner Persönlichkeiten oder Organisationen spielten eine ähnliche Rolle. Stalin- bzw. Leninpreise, internationale Leninfriedenspreise und von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR verteilte Prämien sollten in Wissenschaft und Kunst Abstufungen kennzeichnen und festigen. Es gibt ein regional und organisatorisch weitverzweigtes Prämiensystem.

Auch „Ehrentitel“ dienen dazu, elitäre Gruppen herauszuheben und dem Ausgezeichneten Ansehen zu verleihen. Sie schaffen innerhalb der Berufe — von der Melkerin bis zum Atomphysiker — Abstufungen. Auch Orden, Medaillen und Ehrenurkunden dienen diesem Zweck. Vielleicht das deutlichste Merkmal dieser Elitenstruktur ist ihre Kehrseite: unterprivilegierte, ausgebeutete Massen, kurzgehaltene Gruppen.

Eine Revision der bisherigen Elitenpolitik, vor allem wie sie unter Stalin praktiziert wurde, wird unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung und angesichts des erreichten Reifegrades der sowjetischen Gesellschaft unumgänglich: die Unzufriedenheit der Zukurzgekommenen, der „Nicht-Elite“, kann nicht länger unterdrückt werden. Auch sind die gruppeninternen Spielregeln der Eliten fortschritts hemmend, wenn nicht fortschrittsfeindlich geworden. Die so geschaffenen Barrieren verhindern zunehmend eine Verjüngung der Kader in allen Bereichen, ein Phänomen, das in der Parteibürokratie und beim Militär besonders deutlich hervortritt. Längst stehen qualifizierte Anwärter bereit, die Kommandohöhen in Wirtschaft und Wissenschaft zu besetzen, aber der lebenslängliche Anspruch altgedienter Partei- und Staatsfunktionäre auf bestimmte Posten verhindert die so notwendige Blutauffrischung. Ein solcher personalpolitischer Anachronismus ist auf die Dauer unhaltbar.

Kurzinformationen

Die erste Synode des Bundes der Kirchen in der DDR tagte vom 10. bis 15. September 1969 in Potsdam-Hermannswerder hinter verschlossenen Türen. Dadurch wurde die Loslösung von den Organen der EKD formell vollzogen, deren in Ostberlin liegende Zweigstellen am 1. Oktober aufgelöst werden. Was die Regierung der DDR eigentlich erwartete (vgl. ds. Heft, S. 453), den Bruch auch der in Artikel 4, 4 formulierten „besonderen geistlichen Gemeinschaft“ mit den evangelischen Christen in der BRD — eine Selbstverständlichkeit im ökumenischen Zeitalter und eine sehr tief begründete geistliche Erfahrung aus der Zeit der nationalsozialistischen Staatskirche —, wurde standhaft nicht vollzogen. Die Presse der DDR verschwieg jedenfalls am 16. 9. 69 jegliche Genugtuung über einen Sieg in diesem Bekenntnispunkt. Es hat aber keinen Wert, nun die tapferen 60 Synodalen deswegen zu loben, man macht ihnen damit nur das Leben schwer. Dagegen sollte man nicht vergessen, daß die Regierung über die sechs Dekane der Theologischen Fakultäten nach nationalsozialistischer Manier einen erheblichen Druck auf die Synode ausübte. Man solle auch nicht übersehen, daß die Synodalen der lutherischen Landeskirche Thüringens genau wie unter Hitler die Sache der Regierung vertraten. Denn da droht u. U. ein neuer Konflikt. Es wurde auch nicht der „dogmatischen“ Erklärung von Bischof *Krummacker* auf der Teilsynode von Fürstenwalde im Frühjahr 1967 abgeschworen (vgl. HK 21, 233), obwohl sie aus der Einheit der EKD unnötigerweise einen Glaubensartikel machte, damals

schon gegen die Thüringer. Zum leitenden Bischof des Kirchenbundes in der DDR wurde daher auch nicht Landesbischof *Mitzenheim* gewählt, sondern Generalsuperintendent *A. Schönberr* (Berlin), ein geschmeidiger, aber kein charakterloser Mann (Stellvertreter Landesbischof *Noth*, Dresden). Er vollzog, was geschehen mußte, die Auflösung der EKD. Aber er wie Landesbischof *N. Beste* (Mecklenburg) bleiben die Treuhänder der evangelischen Solidarität bei klarer Trennung von den Verwaltungskompetenzen der erledigten EKD. Die stille Potsdamer Synode ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Protestantismus, seine Einheitsideologie ist begraben, aber die Solidarität ist geblieben. Die DDR hat „ihre“ evangelische Kirche, wie sie auch „ihre“ katholische Kirche haben wird. Aber jedermann weiß, was davon zu halten ist.

Die seit mehr als zwei Jahren durch Einzelkommissionen vorbereitete erste Synode der katholischen Kirche in Dänemark hielt vom 18.—22. August im Kurort Nyborg-Strand unter Anwesenheit von Vertretern der verschiedenen inländischen protestantischen Kirchen und der übrigen skandinavischen Länder ihre Vollversammlung. Stimmberechtigte Delegierte waren 110 Laien, 25 Ordensleute und 65 Priester. Zwei Drittel der Delegierten waren frei gewählt, ein Drittel war vom einzigen Bischof Dänemarks, *H. L. Martensen SJ*, ernannt worden. Die Themen der Synode unterscheiden sich zwar wenig von denen anderer europäischer Diözesansynoden (Strukturreformen, Fra-